

## Pressemitteilung

13. März 2025

### **Rückschritt im Umgang mit suchterkrankten Menschen droht**

Suchthilfe im Bahnhofsviertel erhalten und hessenweit stärken/  
Repression und Kriminalisierung sind keine Lösung

Äußerst alarmiert ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen über die Pläne der Landesregierung für das Frankfurter Bahnhofsviertel. „Der 7-Punkte-Plan der Landesregierung atmet den Geist von Repression und Vertreibung. Die Ankündigung von Ministerpräsident Boris Rhein, das Bahnhofsviertel für suchtkranke Menschen zu schließen und diese zwangsweise in Psychiatrischen Kliniken unterzubringen, ist mit den Menschenrechten unvereinbar“, sagt Lars Lauer, Referent für Suchthilfe und Soziale Notlagen beim Paritätischen Hessen.

Es droht ein deutlicher Rückschritt im Umgang mit suchterkrankten Menschen, da die Landesregierung eine verstärkte Kriminalisierung der Betroffenen und eine Verlagerung der Hilfsangebote ankündigt. Damit wird die äußerst erfolgreiche Arbeit der Drogenhilfe in Frage gestellt. Die niedrigschwelligen und gut erreichbaren Beratungsangebote und Konsumräume im Bahnhofsviertel haben sich seit langem bewährt und verhindert Todesfälle. Sie müssen daher unbedingt vor Ort erhalten und gestärkt werden. Andernfalls droht die Drogenszene zu zersplittern und sich über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Das wäre weder im Sinne der Hilfebedürftigen noch der übrigen Bevölkerung.

Der Paritätische Hessen fordert seit langem, dass alle hessischen Kommunen Verantwortung für die Betreuung suchtkrankter Menschen übernehmen. Dies würde die Stadt Frankfurt entlasten. Dazu gehört, dass flächendeckend Beratungsstellen und Konsumräume eingerichtet werden. Es ist die Aufgabe des Landes, diese soziale Infrastruktur zu finanzieren. „Die Sucht- und Drogenhilfe in Hessen muss ganzheitlich ausgebaut werden, angefangen bei der Prävention und Suchtberatung“, betont Lars Lauer. Der Paritätische Hessen und seine Mitgliedsorganisationen stehen bei der geplanten Neuausrichtung der Drogenhilfe mit ihrer fachlichen Expertise für einen Austausch mit dem Land zur Verfügung.

Die Ankündigung der Landesregierung, für Suchterkrankte Zugang zu Wohnraum zu schaffen und generell die Situation für Wohnungslose zu verbessern, begrüßt der Paritätische Hessen ausdrücklich. „Die stetig steigende Wohnungslosigkeit in Hessen ist bekannt und wurde bisher vernachlässigt“, so Lars Lauer. „Um hier eine Trendwende zu erreichen, sind massive Investitionen in den Sozialen Wohnungsbau erforderlich. Außerdem braucht es hessenweit Hilfsangebote für wohnungslose Menschen und Personen, denen ein Verlust ihrer Wohnung droht. Das betrifft längst nicht mehr nur marginalisierte Gruppen wie suchterkrankte Menschen, sondern breite Bevölkerungsschichten.“

## **Ansprechperson für die Presse**

Lars Lauer

Tel: 069 955262 30

Mail: [lars.lauer@paritaet-hessen.org](mailto:lars.lauer@paritaet-hessen.org)

---

**Der Paritätische Hessen** ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

**Der Paritätische Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.